



70.000 Menschen stellten sich dem letzten Bundesparteitag der AfD in Essen entgegen (Foto: Aufstehen gegen Rassismus)

AfD-NAZIS STOPPEN

Nein zu Abschiebungen – Rassismus bekämpfen

Die AfD ist brandgefährlich. Die Abschiebepläne der anderen Parteien geben ihr Rückenwind. Es braucht eine antifaschistische Bewegung auf der Straße und in den Betrieben

Noch nie seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs war in Deutschland eine von Faschist:innen geführte Partei so einflussreich wie die AfD. Noch nie war die Gefahr so groß, dass eine faschistische Massenbewegung heranwachsen und sich darauf vorbereiten kann, mit bürgerkriegsähnlichen Methoden die Macht zu erringen.

Im letzten Jahr enthüllte Correctiv die Umsturz- und Massendeportationspläne der AfD. Die Recherche entriss der AfD ihre demokratisch-bürgerliche Maske und machte öffentlich: Die AfD ist eine brandgefährliche, im Kern faschistische Partei.

Was sie vorhat, machte der AfD-Vorsitzende in Brandenburg, René Springer, deutlich: »Wir werden Ausländer in ihre Heimat zurückführen. Millionenfach. Das ist kein Geheimplan. Das ist ein Versprechen!«

25 Millionen Menschen zu deportieren, wie der inoffizielle »Führer« der AfD, Björn Höcke, ankündigte, ist nur möglich durch massive Gewalt. Höcke drohte offen mit einer »Politik der wohltemperierten Grausamkeit«. Höcke ist offiziell ein Nazi und entscheidender Motor der Faschisierung der AfD.

(Weiter) >>

VW-DEAL SCHAFFT KEINE SICHERHEIT

Jetzt vorbereiten auf die nächsten Angriffe

Kröten geschluckt und Schlimmeres verhindert? Der VW-Deal setzt den Rahmen für die nächste Runde von Angriffen der Bosse spätestens 2030

Fast 100.000 Beschäftigte streikten im Dezember bei VW. Das waren die größten Warnstreiks in Deutschland seit Jahrzehnten.

Nötig geworden war der Streik, weil der Konzernvorstand ein »Horrorpaket« vorgeschlagen hatte. Er wollte die Löhne um zehn Prozent kürzen, mehrere Werke schließen und zehntausende Beschäftigte entlassen.

Aus Sicht des Betriebsrats am schlimmsten war aber, dass die Kapitaleseite offenkundig das bei VW besonders stark ausgeprägte System der Mitbestimmung aufkündigen, also die Rechte der Vertretungen der Beschäftigten einschränken wollte.

Der Arbeitskampf hat den Vorstand gezwungen, seine Pläne abzumildern und den Betriebsrat in die Umsetzung einzubeziehen.

Beide Seiten haben einen Deal vereinbart, der ein Ende der Autoproduktion in Osnabrück und Dresden, den »sozialverträglichen Abbau« von 35.000 Stellen, den Verzicht auf vereinbarte Bonuszahlungen für Mitarbeiter im Wert von 1,5 Milliarden Euro und von Lohnerhöhungen bis 2027 beinhaltet.

Im Gegenzug gibt es keine Lohnkürzung, keine Entlassungen bis 2030, keine weiteren Werkschließungen und, sollte es zu keiner einvernehmlichen Folgevereinbarung kommen, eine Einmalzahlung an die dann noch Beschäftigten von einer Milliarde Euro in 2030.

Zustimmung

Die Tariff Kommission der IG Metall hat dem Tarifergebnis einstimmig zugestimmt. Angesichts der überdurchschnittlich guten Bezahlung der Beschäftigten in der »Stammebelegschaft«, also der Arbeiter:innen, die direkt bei VW fest angestellt sind, können die Kolleg:innen mit dem Ergebnis leben.

Allerdings ist der Anteil der Beschäftigten, die über Zeitarbeitsfirmen, Subunternehmen oder Werkverträge zeitlich befristet und zu schlechteren Bedingungen eingestellt wurden, in den letzten Jahrzehnten stark gestiegen.

So hat der Konzern die Kosten gesenkt, wie es auch mit diesem Deal geschehen ist.

Der Hintergrund ist der, dass die Aktionäre mit der Kapitalrendite nicht zufrieden sind. VW hat 2023 zwar den höchsten Umsatz in der Geschichte des Konzerns gemacht und mit rund 22,5 Milliarden Euro auch den Rekordgewinn aus dem Vorjahr übertroffen.

Aber die einzig relevante Zahl für Kapitalisten ist der Ertrag pro eingesetztem Kapital: die Kapitalrendite.

(Weiter) >>

Längst ist die AfD eng verzahnt mit rechtem Terror. Immer wieder legen sie auch selbst Hand an: Anfang Dezember berichtete die Zeitung »Die Welt«: »AfD-Mitglieder vernetzen sich mit Neonazis im Ausland, trainieren mit Schusswaffen und Sprengstoff!«

Wenig später deckte Correctiv ein weiteres Treffen zwischen AfD-Funktionären und gewaltbereiten Nazis in der Schweiz auf. Darunter die Brandenburger Landtagsabgeordnete Lena Kotré, die im Wahlkampf Schlagwaffen verschenkte.

Die Faschist:innen in der AfD verfolgen eine Umsturzstrategie. Sie wollen eine faschistische Terrorherrschaft in der Tradition der NSDAP errichten. Wenn die AfD an die Macht käme, würde sie gewerkschaftliche Kämpfe, Proteste gegen Krieg und Völkermord, linke Organisationen und alle, die sich ihnen entgegenstellen, zerschlagen.

Hitler und die NSDAP haben Europa »judenfrei« machen wollen. Heute verspricht Höcke, Europa vom Islam zu »befreien«. Seine Anhänger setzen diese mörderischen Vorstellungen bereits in die Tat um.

Der Attentäter, der fünf Menschen auf einem Weihnachtsmarkt in Magdeburg tötete, war ebenso von der AfD inspiriert wie der Mörder, der 2020 in Hanau neun Menschen in einer Schischa-Bar erschoss.

Union und SPD schüren Rassismus

Rassismus ist keine Erfindung der AfD. Die AfD wächst auf einem Nährboden, den andere bereiten. Der ehemalige Berliner SPD-Finanzsenator Thilo Sarrazin machte 2010 mit seinem Buch »Deutschland schafft sich ab« den antimuslimischen Rassismus salonfähig.

Der frühere CSU-Chef und Bundesinnenminister Horst Seehofer brandmarkte 2018 die Migrationsfrage als »Mutter aller politischen Probleme in diesem Land«. In das selbe Horn stößt heute der Kanzlerkandidat der Union, Friedrich Merz.

Der amtierende Kanzler von der SPD, Olaf Scholz, kündigte an, »endlich in großem Stil abschieben« zu wollen. Sie alle behaupten, AfD-Wähler:innen zurückzuholen. In Wirklichkeit normalisieren sie Rassismus und machen sich zu Steigbügelhaltern der AfD.

Rassismus ist keine Alternative. Rassismus spaltet. Rassismus lenkt ab von den tatsächlichen Ursachen gesellschaftlicher Probleme. Menschen mit Migrationsgeschichte und Muslim:innen sind nicht verantwortlich für Wohnungsnot, steigende Preise und prekäre Löhne.

Die Alternative ist Solidarität. Gemeinsam können sich Menschen erfolgreich wehren: gegen Ungerechtigkeit, drohende Massenentlassungen wie bei VW oder der Deutschen Bahn, gegen Sozialkürzungen, Krieg und Vertreibung. Gemeinsam können sie auch die Nazis stoppen.

In der Vergangenheit konnten antifaschistische Bewegungen faschistische Parteien wie die Republikaner und die NPD zurückdrängen. Mit entschlossenem Widerstand haben sie die Nazis konfrontiert, isoliert und ihren faschistischen Kern entlarvt.

Heute wird eine solche antifaschistische Bewegung wieder dringend nötig. Sie ist auch möglich: Trotz ihrer erschreckend hohen Wahlergebnisse sind die Gegner:innen der AfD die Mehrheit. Es kommt jetzt auf alle an: Die AfD darf keinen weiteren Raum gewinnen.

■ Regina Sternal, Berlin



Die Überproduktion von Autos ist mit der Tarifeinigung zwischen VW und IGM nicht behoben (Foto: EU-Ukraine Cooperation, CC BY-SA)

Die Rendite von VW lag 2023 bei »nur« 2,3 Prozent. Weil VW eines der größten Industrieunternehmen weltweit ist, reichte das trotzdem zu einer Ausschüttung von rund 4,5 Milliarden Euro an die Aktionäre – etwa die Hälfte davon ging an zwei Familien, Porsche und Piëch, denen 53 Prozent der Stammaktien gehören.

Kapitalisten erwarten von ihren Investitionen, dass sie über einen längeren Zeitraum mindestens den Durchschnitt der allgemeinen Rendite abwerfen. Ansonsten suchen sie sich »neue Anlagemöglichkeiten« für ihr Geld. Und Konzerne, die unter dem Durchschnitt bleiben, fallen hinter ihren Konkurrenten zurück.

Deswegen fordern die VW-Bosse eine Kapitalrendite von 6,5 Prozent. Diese ist als gemeinsames Ziel mit dem Betriebsrat in der Vereinbarung festgelegt worden. Das ist eine schwere Hypothek.

Der Kapitalismus hat sich von der Finanzkrise 2008 nicht erholt – das globale jährliche Wirtschaftswachstum ist seitdem unter drei Prozent und die Eroberung der Weltmarktführung bei PKWs insgesamt. Es ist völlig ausgeschlossen, dass VW unter diesen Bedingungen seine Autoverkäufe um 6,5 Prozent pro Jahr steigern kann.

Das hat nichts mit den Produktionskosten in Deutschland zu tun, wie die bürgerlichen Medien behaupten. VW produziert die Autos für den chinesi-

schen Markt, und das sind über ein Drittel der Gesamtproduktion, in China – zu den dort üblichen Konditionen.

Die Autos für den US-amerikanischen Markt werden in Mexiko hergestellt. Auch das ist kein Hochlohmland.

Der Grund ist hingegen, dass alle Autokonzerne ihre Marktanteile zu erhöhen suchen, um ihre Kapitalrendite für die Anleger zu erhöhen. Es können schlicht nicht alle Konzerne mehr Zuwachs haben als die Wirtschaft insgesamt wächst.

Kapitalrendite

VW wird das Ziel von 6,5 Prozent Kapitalrendite nur durch weitere Angriffe auf die Löhne und Arbeitsbedingungen erreichen können. Die Gewinne können nur schneller wachsen als die Wirtschaft, wenn eine Umverteilung von den Beschäftigten zu den Kapitalisten stattfindet.

Wenn die Beschäftigten sich also dem Ziel der Erhöhung der Kapitalrendite unterordnen, liefern sie sich den zukünftigen Angriffen des Kapitals aus.

Entscheidend wäre es, die Kapitallogik insgesamt anzugreifen: Keine Produktion für Gewinne, sondern für die Bedürfnisse der Menschen! <

■ Carl Schreiber, Hamburg

FRANKREICH: PRÄSIDENT IGNORIERT WAHLERGEBNIS

Zum zweiten Mal hat Frankreichs Präsident Emmanuel Macron einen rechten Politiker ohne Mehrheit zum Premierminister gemacht. Er will die linke Nouveau Front Populaire (Neue Volksfront, NFP) von der Regierung fernhalten, obwohl diese die Wahl im Sommer gewonnen hatte.

Macron setzte diese Wahl an, nachdem das faschistische Rassemblement National (RN) bei der Europawahl stärkste Kraft geworden war. Er wollte die Angst vor dem RN für sich nutzen. Doch Macrons unsoziale Politik ist einer der Gründe für das Erstarren des RN.

Deshalb haben Sozialdemokraten, Kommunisten, Grüne und die linke France Insoumise (Frankreich in Aufruhr, LFI) kurz vor der Wahl das Bündnis NFP gebildet, um eine Alternative zu bieten. Ihr Programm umfasste unter anderem Maßnahmen gegen Polizeigewalt, eine Erhöhung des Mindestlohns und einen Preisdeckel für lebensnotwendige Waren. Millionen gingen im Wahlkampf gegen das RN auf die Straße.

Darum stellt die NFP nun die meisten Abgeordneten. Dennoch weigert sich Macron, Kandidat:innen aus den Reihen der NFP zu akzeptieren. Stattdessen machte er im September den rechten Politiker Michel Barnier zum Premierminister.

Barniers Minderheitsregierung legte einen Haushalt vor, der starke Kürzungen bei den Sozialleistungen vorsah. Gleichzeitig sah er eine Aufstockung der Mittel für die Armee um drei Milliarden Euro vor. Dafür fand er keine parlamentarische Mehrheit.

Die Linke hatte immer die Absicht, ein Misstrauensvotum zu stellen. Als Barnier seinen Haushalt ohne Abstimmung im Parlament per Präsidialdekret durchsetzte, war der RN angesichts seiner Basis in der ärmeren Bevölkerung gezwungen, das linke Misstrauensvotum zu unterstützen und Barnier fiel.

Im Dezember machte Macron den ebenso rechten Politiker Francois Bayrou zum Premierminister. Alles weitere wird davon abhängen, wie stark der Widerstand gegen diese Politik ist. Im Bildungssektor sind bereits Streiks angekündigt. <



Syrer:innen nehmen an einer Kundgebung für Demokratie und Frauenrechte in Damaskus teil (Foto: PHOTO LOUAI BESHARA / AFP)

DIE WELT IM AUFRUHR

Zusammengetragen von Jan Maas

SÜDKOREA: WIDERSTAND STÜRZT PRÄSIDENTEN

Die Krise in Südkorea zeigt, wie schnell vermeintlich demokratische Politiker zu diktatorischen Mitteln greifen – und wie solche Methoden mit massenhaftem Widerstand bekämpft werden können.

Staatspräsident Yoon Suk Yeol regierte seit 2022. Er stand dafür, Unternehmenssteuern zu senken und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Er schürte frauenfeindliche Stimmung und forderte die Abschaffung des Ministeriums für Geschlechtergerechtigkeit.

Seit der Wahl im Sommer 2024 stand Yoon einer eher linken Parlamentsmehrheit gegenüber. Deswegen konnte seine Partei schon seit Monaten keine Gesetze mehr durchbringen.

Anfang Dezember scheiterte dann Yoons Haushaltsentwurf. Daraufhin rief er das Kriegsrecht aus. Unter Kriegsrecht sind alle politischen Aktivitäten einschließlich Nationalversammlung, Stadträte, politische Parteien und Gewerkschaften verboten.

Doch linke Parteien und Gewerkschaften mobilisierten noch in derselben Nacht zu Massendemonstrationen vor dem Parlament, welches das verhängte Kriegsrecht nach wenigen Stunden wieder aufhob.

Nach zehn Tagen weiterer Massenproteste beschloss das Parlament, den Präsidenten seines Amtes zu entheben. Die Krise ist nicht gelöst. Inzwischen hat das Parlament auch den Interimspräsident Han Duck Soo seines Amtes enthoben. <



Millionen gingen auch gegen den Interimspräsidenten auf die Straße (Foto: Workers' Solidarity)

Vier Thesen zur Lage in Syrien

KEINE TRÄNEN FÜR ASSAD

1. Das Assad-Regime in Syrien war eine brutale Diktatur, die das eigene Volk blutig unterdrückt hat.

Am 8. Dezember 2024 fiel das Regime in Syrien und Diktator Assad floh aus der Hauptstadt Damaskus ins russische Exil. Vor 13 Jahren begann im Zuge des »Arabischen Frühlings« eine soziale Revolte für demokratische Grundrechte gegen die Assad-Diktatur, deren militärische Niederschlagung die Massenbewegung in einen Bürgerkrieg ablenkte. Die nach dem Sturz vollständiger ans Tageslicht kommenden Grausamkeiten in über hundert Folteranstalten sind Zeugnis der Welle von staatlicher Repression gegen die Bevölkerung Syriens.

Über 150.000 Menschen wurden seit Beginn des Aufstandes inhaftiert, Tausende starben unter Folter, Hunderttausende unter Bombenterror, in Gefechten und an Hunger, Millionen wurden zur Flucht gezwungen.

2. Assad konnte nur durch imperialistische Einmischung von außen derart lange an der Macht gehalten werden.

Syrien wurde in der Folge des erbitterten Bürgerkrieges zum Schachbrett von Welt- und Regionalmächten. Verschiedene Milizen mit Unterstützung aus dem Iran kämpften für die Aufrechterhaltung der Assad-Diktatur. Russland schritt mit Luftschlägen und Bodentruppen auf der Seite Assads gegen die Opposition ein. Trotz allem war das Regime gegen Ende ohne soziale Basis im Inland so fragil, dass es zusammenbrach. Tage vor dem Durchmarsch oppositioneller Milizen und der Kapitulation der Regimetruppen hatte Assad noch Kontrolle über etwa 65 Prozent des Landes. Russland, der Iran und die Hisbollah konnten das Regime letztlich nicht mehr künstlich von außen aufrechterhalten, weil der russische Fokus auf dem Krieg um die Ukraine lag. Der Iran und die Hisbollah waren derweil geschwächt aus Israels regionalem Kriegszug zurückgeblieben.

3. Die Milizen, die Assad stürzten, sind kein ausführendes Organ des Massenaufstandes von unten.

Der Sturz von Assad erfolgte durch Zweige jener Milizen ohne soziale Massenbasis, die im sektiererischen Bürgerkrieg auf den Trümmern der revolutionären Massenerhebung in Syrien aufstiegen. Die stärkste bewaffnete Gruppe, Hajat Tahrir al-Scham (Komitee zur Befreiung der Levante, HTS), ist aus Ablegern des islamistischen Al Qaida-Netzwerks hervorgegangen. Nicht nur das Assad-Regime, auch zahlreiche der rebellierenden Milizen wurden von Welt- und Regionalmächten aus Eigeninteressen unterstützt. Vor allem die Türkei und Israel nutzten das Zeitfenster des Machtvakuum nach dem Regime-Sturz für geopolitische Ziele: Die Türkei attackiert mit verbündeten Milizen ihren Erzfeind - die kurdische Minderheit. Israel besiedelt im Sinne seiner kolonialen Expansionspolitik die besetzten syrischen Golanhöhen und besetzt neue Gebiete Syriens.

4. Assads Sturz bietet sowohl Chancen als auch Gefahren.

Die Lage in Syrien ist bedrohlich und der Ausgang bleibt offen. Aber es gibt auch Anlass zur Hoffnung: Das Ende der repressiven Herrschaft von Assad hat den Korridor für Mobilisierungen von unten erneut geöffnet. Zehntausende vernetzen sich auf öffentlichen Plätzen. In der Hauptstadt Damaskus und anderswo fordern Proteste Grundrechte und ein Ende von Unterdrückung und religiöser Spaltung. In der Massenaktivität steckt der Keim einer Bewegung, die sich für Freiheit und Selbstbestimmung in Syrien, Palästina und der restlichen Region einsetzen kann. Gefahren liegen in der Intervention von Regionalmächten und imperialistischer Großmächte, die wirtschaftliche und geopolitische Interessen in der öl- und gasreichsten Region der Erde verfolgen. <

■ Ramsis Kilani, Berlin

WAS WILL SOZIALISMUS VON UNTEN?

Sozialismus von unten ist eine revolutionäre Organisation mit Ortsgruppen und Mitgliedern in vielen Orten Deutschlands. Wir vertreten eine sozialistische Perspektive von unten: Die Befreiung der arbeitenden Klasse kann nur ihr eigenes Werk sein. Eine wirklich demokratisch-sozialistische Gesellschaft muss von unten erkämpft werden und kann nicht von oben durchgesetzt werden. Statt einer Welt der Umweltzerstörung, Armut und Kriege wollen wir eine befreite Gesellschaft, in der die Bedürfnisse der Menschen im Zentrum stehen. Wir arbeiten in Bewegungen, Betrieben und Gewerkschaften gegen Ungerechtigkeit, Ausbeutung, Unterdrückung und gegen Faschismus. Wir sind überzeugt, dass wir uns organisieren müssen, um unser Ziel von einer sozialistischen Gesellschaft zu erreichen.

Ideen alleine können das System des Kapitalismus nicht stürzen. Aber die Erfahrungen der Geschichte und die Theorien des Marxismus bieten einen unerlässlichen Kompass, um den Kapitalismus zu bekämpfen.

Die Verantwortung einer revolutionären Partei ist es, als Gedächtnis der Klasse zu fungieren, aus der Analyse von Siegen und Niederlagen zu lernen und revolutionäre Theorie und Praxis miteinander zu verbinden. Eine solche Partei aufzubauen ist unser langfristiges Ziel. Eine solche Partei hat die Aufgabe, in Zeiten von Krisen und Angriffen auf die Arbeitenden der berechtigten Wut der Menschen nicht nur eine Perspektive zu geben, wie es anders sein könnte, sondern auch was dazu notwendig ist.

Als revolutionäre Sozialist:innen beteiligen wir uns am Kampf um Reformen, nicht nur um unmittelbar Verbesserungen zu erreichen, sondern auch, weil dieser Kampf das Klassenbewusstsein und die Organisation stärken kann, indem Kämpfe mit dem Ziel einer sozialistischen Gesellschaft verbunden werden. <

Kontakt

Sozialismus von unten
Postfach 31 09 43
10639 Berlin



Veranstaltungen

E-Mail: info@sozvu.org

Instagram: @sozialismus_von_unten

TikTok: @inisvu

BlueSky: @sozvu.org

Telegram: t.me/sozvuorg

www.sozvu.org

www.sozialismus-von-unten.org

Redaktionsschluss: 02.01.2025 12:00

V.i.S.d.P.: E. Mourgues, Katharinenstr. 21, 10711 Berlin

KEIN STRAßENFEST MIT NAZIS: DIE AfD MUSSTE EINPACKEN

Bericht vom Protest gegen den AfD-Stand auf einem Straßenfest in Berlin-Friedrichshagen Ende September 2024

Ende September fand in Berlin-Friedrichshagen das Bölschefest statt. Das jährlich stattfindende Straßenfest wird von Anwohnende, Familien und anderen zahlreich besucht. Der AfD in diesem Rahmen einen Stand zu geben, stellte eine inakzeptable Entscheidung des Veranstalters dar. Spontan haben wir im lokalen Bündnis davon erfahren und entschieden, gegen diesen Stand und deren Rassismus zu intervenieren.

Über diverse Kanäle haben wir Anwohnende informiert, welche sich spontan der Aktion angeschlossen haben, sodass ca. 80 Personen friedlich zum Stand der AfD liefen. Mehrere Polizeiwagen standen bei unserer Ankunft bereit, um den Stand zu schützen. Viele Menschen fühlten großen Unmut über die öffentliche Präsenz dieser Partei und durch Sprechchöre und Parolen, wie »Alle zusammen gegen den Faschismus« wurde eine Situation herbeigeführt, die den Stand abschirmte und es für Passant:innen unattraktiv machte, mit den AfD-Nazis in Austausch zu treten. Die AfD hat keine Gespräche mehr führen und ihr Material nicht verteilen können. Eine Genossin stellte sich mit einem Müllsack neben den Stand und forderte die Menschen auf, die rassistische Propaganda direkt zu entsorgen. Diese eindrucksvolle Protestaktion führte letztendlich dazu, dass die AfD ihren Stand unmittelbar danach abbauen musste und auch am folgenden Tag nicht mehr zurückkehren durfte. Durch eine klare Linie und situative Entscheidungen haben wir die AfD effektiv verdrängen können und dabei viele Menschen aktivieren können, selbst aktiv im Kampf gegen den Faschismus zu werden und bei folgenden Aktionen mitzuwirken. <

■ Bastian Germanus, Berlin



Tausende stoppten im Dezember einen Naziaufmarsch in Berlin (Foto: Sozialismus von unten)



Aktivist:innen vom Gaza-Komitee Berlin sammeln Unterschriften gegen Waffenlieferungen an Israel (Foto: Sozialismus von unten)

GEGEN WAFFEN AN ISRAEL

Aktivist:innen sammelten in Berlin-Neukölln Unterschriften für eine Petition gegen Waffenlieferungen an Israel, um deren breite Ablehnung in der Bevölkerung deutlich zu machen

Mit mehreren Mitgliedern des Gaza-Komitees Berlin und von Sozialismus von unten organisierten wir am 2. November einen Infostand in Berlin-Neukölln. Unser Ziel war es, die Petition »Für einen gerechten Frieden in Gaza. Waffenexporte stoppen und Hilfsblockade beenden« von Oxfam, medico International, Pax Christi und weiteren NGOs bekannt zu machen. Innerhalb von kurzer Zeit hatten wir 120 Unterschriften gesammelt und elf Neuköllner:innen kennengelernt, die zukünftig mit uns gegen den Gaza-Krieg aktiv werden wollen.

Die Petition fordert die deutsche Bundesregierung unter anderem dazu auf, sich entschiedener für einen sofortigen Waffenstillstand einzusetzen und den Schutz der Zivilbevölkerung einzufordern; alle Genehmigungen für den Export von Rüstungsgütern zu verweigern, wenn die Gefahr besteht, dass sie völkerrechtswidrig eingesetzt werden; Bundeskanzler Scholz stellte zuletzt im Bundestag erneut klar: »Wir haben Waffen geliefert, und wir werden Waffen liefern.« Laut einer Forsa-Umfrage lehnen aber 60 Prozent der Bundesbürger:innen Waffenlieferungen nach Israel ab. Um diese Mehrheit sichtbar zu machen und Druck auf die Bundesregierung auszuüben, müssen wir die Petition per Unterschriftenliste zum Erfolg bringen.

Dabei ist die Unterschriftenliste ein sehr gutes Mittel, um mit den Menschen über den Völkermord, Apartheid, Besatzung und das Unrecht in Palästina in den Austausch zu kommen. Die Ablehnung des israelischen Krieges und deutscher Rüstungsexporte ist in Neukölln sehr präsent. Für uns war es besonders wichtig, nicht bei der Unterschrift stehen zu bleiben. Wir haben zahlreichen Passant:innen Unterschriftenlisten mitgegeben und sie ermutigt, im eigenen Umfeld zu sammeln. Das große Interesse,

mit uns in Kontakt zu bleiben, zeigt, dass es möglich ist, eine Kampagne aufzubauen, die weit über die aktuelle Palästina-Solidaritätsbewegung hinaus ausgreifen kann.

Deutschland finanziert, Israel bombardiert

Israel hat seinen Krieg von der palästinensischen Bevölkerung auf die gesamte Region ausgeweitet, besetzt libanesisches und syrisches Land militärisch, verletzt und tötet tausende von Menschen in ihren Bombardements. Israels Vorgehen gegen Zivilist:innen ist keine Antiterror-Operation gegen Hamas, sondern ist Teil einer strukturellen Neuordnung der gesamten Region. Diese Neuordnung dient den Interessen der USA, der NATO und auch Deutschlands in dieser ressourcenreichen Region. Die deutsche Unterstützung für Israels dieses Vorgehen in Gaza und für den anhaltenden Besatzungsterror in Gaza und im Westjordanland muss durch eine breite und Palästina-solidarische Antikriegsbewegung beendet werden, die den antimuslimischen Rassismus der bürgerlichen Parteien und Medienhäuser konsequent zurückweist!

Wir haben jetzt zwei Monate Zeit – bis Februar – die Petition zum Erfolg zu bringen und weit über die nötigen 30.000 Unterschriften zu sammeln, sowie die Bewegung aufzubauen und auszuweiten.

■ Oliver Klar, Berlin

Du hast die Petition noch nicht unterschrieben? Folge dem QR-Code:





BUTTER STATT KANONEN

Die Linke wählen ohne Illusionen

Die Neuwahlen werden nichts an den Problemen lösen, die zum Zerfall der Ampelregierung geführt haben. Wie in allen anderen Industriestaaten auch, versucht die herrschende Klasse in Deutschland, die Profitabilität der Konzerne auf Kosten der Beschäftigten und der Mehrheit der Bevölkerung zu steigern.

Während die Superreichen in den letzten 16 Jahren ihren Reichtum fast verdoppelt haben, kämpft der Rest der Bevölkerung mit Preissteigerungen bei Mieten, Nahrung, Strom, Heizung und Benzin – bei Tarifabschlüssen, die das nicht ansatzweise ausgleichen können. Die unteren Lohngruppen mussten seit 1998 einen Reallohnverlust von 18 Prozent hinnehmen und Erwerbslose und Rentner:innen sind zunehmend von überlaufenen Tafeln abhängig.

Der Wahlkampf steht auch unter dem Vorzeichen einer deutlich verschärften internationalen Konkurrenz, bei der CDU/CSU, FDP, SPD und Grüne alle für den Kurs einer verschärften Aufrüstung Deutschlands und der EU stehen.

Rassismus

CDU/CSU und FDP fordern von der Bevölkerung, den Gürtel enger zu schnallen, während sie Steuererleichterungen für Konzerne und Reiche durchsetzen wollen.

Um den möglichen Widerstand dagegen zu spalten und von der politischen Verantwortung für die soziale Misere abzulenken, ziehen sie die rassistische Karte und überschlagen sich in Forderungen nach Massenabschiebungen. Davon werden vor allem die AfD-Nazis profitieren und viele migrantische Mitbürger:innen in ihrer Existenz bedroht werden.

SPD und Grüne hoffen, wie schon bei der Bundestagswahl 2021, mit sozialen Versprechen die Wahl gewinnen zu können. Aber alle sozialen

Projekte, wie sozialer Wohnungsbau, Klimageld, Ausbau der Kitaversorgung, 9-Euro-Ticket und andere haben SPD und Grüne der Logik der kapitalistischen Standortkonkurrenz geopfert.

Auch dieses Mal werden sie ihre Wähler:innen enttäuschen, sollten sie in die Regierung kommen. Doch auch Die Linke als Partei links von der SPD hat versagt. Widerstand gegen das unsoziale Heizungsgesetz, gegen die Aufrüstung für den Ukrainekrieg und den Völkermord in Gaza war kaum sichtbar. Die Repression gegen die Palästina-Solidarität wurde mehr oder weniger hingenommen.

Hoffnung

Die größte Gefahr bei der kommenden Wahl ist ein weiteres Ausgreifen der AfD-Nazis. Deshalb ist Wahleuthaltung oder die Wahl von Parteien, die chancenlos sind, keine Option. Die Linke ist trotz ihrer Schwächen die einzige parlamentarische Partei, die sich der rassistischen Hetze gegen Migrant:innen und Massenabschiebung widersetzt. Ihre Wahl ist für viele mit der Hoffnung verbunden, auch im kommenden Bundestag einen linken Gegenpol zu den anderen Parteien zu haben.

Wir empfehlen daher die Wahl der Linken, trotz der Enttäuschungen und ohne Illusionen ins Parlament. Es kommt jetzt aber vor allem darauf an, selbst aktiv zu werden und den Widerstand von unten gegen Aufrüstung, den drohenden Sozialabbau, die Massenentlassungen und den von den herrschenden geschürten Rassismus aufzubauen – und damit verbunden auch eine wirklich internationalistische Organisation wie Sozialismus von unten. <

■ *Werner Halbauer, Berlin*

BTW25